

STATEMENT

DER SPINELLI GROUP ZUM SIEBZIGSTEN JAHRESTAG DER SCHUMAN-ERKLÄRUNG

1. Vor 70 Jahren brachten Robert Schuman und Jean Monnet auf den Weg, was später die Europäische Union werden sollte. Ihr Vorschlag, die Kohle- und Stahlindustrie Frankreichs und Deutschlands zu vereinen, war radikal. Ihr Timing war richtig. Ihre Methode war klug. Ihr Projekt war realisierbar. Und ihre Mission war föderal.

"So wird einfach und rasch die Zusammenfassung der Interessen verwirklicht, die für die Schaffung einer Wirtschaftsgemeinschaft unerlässlich ist und das Ferment einer weiteren und tieferen Gemeinschaft der Länder einschließt, die lange Zeit durch blutige Fehden getrennt waren.

Durch die Zusammenlegung der Grundindustrien und die Errichtung einer neuen Hohen Behörde, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und die anderen teilnehmenden Länder bindend sein werden, wird dieser Vorschlag den ersten Grundstein einer europäischen Föderation bilden, die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist."

2. Schuman mahnte, dass "Europa [...] sich nicht mit einem Schlägel herstellen [lässt] und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen". Nach dem Rat von Monnet würde nur eine supranationale Governance den Geist der Solidarität zwischen den sechs Mitgliedsstaaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger Wirklichkeit werden lassen.

3. Im Laufe der Jahre hat sich die Methode von Monnet weiterentwickelt, neue Institutionen sind entstanden und viele weitere Staaten sind der Union beigetreten. Doch obwohl die Errungenschaften der EU nicht unterschätzt werden dürfen, hat sie sich abgemüht, das Tempo der Integration beizubehalten und den Ambitionen ihrer Gründerväter gerecht zu werden. Zu viele europäische Politiker werden zurück in den Nationalismus gelockt, und einige Mitgliedstaaten stellen sogar die Rechtsstaatlichkeit der EU in Frage. Unter diesen Umständen hat es sich für die Union als unmöglich erwiesen, ihr volles Potenzial auszuschöpfen.

4. Heute führt die Coronavirus-Pandemie zu großen sozialen und wirtschaftlichen Problemen, die die finanzielle Instabilität, regionale Ungleichheiten und politische Spaltungen verschärfen und die verfassungsrechtliche Schwäche der Union offenbaren. In dem herausfordernden internationalen Umfeld braucht die europäische Integration neue Impulse, die dem Geist der Schuman-Erklärung entsprechen.

KONFERENZ ÜBER DIE ZUKUNFT EUROPAS

5. Es ist grundsätzlich vereinbart, eine große Konferenz über die Zukunft Europas einzuberufen, an der die repräsentativen Institutionen, die beratenden Organe, die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger teilnehmen. Wir hoffen, dass sie im September 2020 einberufen werden kann. Wir drängen darauf, dass die Diskussionen zwischen den drei Institutionen über die Vorbereitung und Organisation der Konferenz auf Basis des Vorschlags des Europäischen Parlaments beschleunigt werden. Wir fordern den Europäischen Rat auf, seinen Standpunkt zügig festzulegen – sein Scheitern darf die Konferenz jedoch nicht davon abhalten, ihre Arbeit aufzunehmen.

6. Die Spinelli Group empfiehlt, dass der Umfang der Konferenz weit gefasst und ihr Mandat eine Reform ist. Der übergeordnete Zweck der Konferenz besteht darin, die Union in die Lage zu versetzen, die gegenwärtigen und vorhersehbaren künftigen Herausforderungen besser bewältigen zu können und mit einer Stimme zu sprechen und zu handeln, wenn dies erforderlich ist.

7. Die Agenda der Konferenz muss beides beinhalten, eine kritische Bewertung des Kompetenzverhältnisses zwischen der EU und den Mitgliedstaaten sowie ein gründliches Überdenken der Machtverhältnisse zwischen den Institutionen. Einige der Reformvorschläge können innerhalb des bestehenden Kompasses des Vertrags von Lissabon erreicht werden; andere werden zu Vertragsänderungen führen.

DIE AUSGEWOGENHEIT DER KOMPETENZEN

8. Die Union muss in der Lage sein, all jene Fragen wirksam anzugehen, die heute die Fähigkeit ihrer Mitgliedstaaten übersteigen, sie allein zu lösen. Das föderalistische Prinzip der Subsidiarität muss im gesamten Spektrum sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik uneingeschränkt angewandt werden. Ziel sollte sein, eine lebendige liberale Demokratie, eine faire und widerstandsfähige europäische Gesellschaft und eine nachhaltige Wirtschaft aufzubauen.

9. Die Union kann es sich nicht leisten, auf Dauer zwischen Nettozahlern und Begünstigten des Haushalts aufgeteilt zu werden. Dies erfordert, dass das föderale Element des Haushalts - "echte Eigenmittel" - als Anteil am Gesamthaushalt schrittweise ausgeweitet wird. Die EU sollte ihre größere fiskalische Kapazität nutzen, um in öffentliche Güter von gemeinsamem Wert für alle ihre Bürgerinnen und Bürger zu investieren, einschließlich Bildung, wissenschaftliche Forschung, neue Technologien, Cybersicherheit und den European Green Deal.

10. Die Kompetenzverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der Regierungsebene der Union sollte insbesondere in den Bereichen öffentliche Gesundheit, Energieversorgung sowie Asyl und Einwanderung überprüft werden. Die Aufsicht über die europäische Finanzdienstleistungsindustrie sollte auf föderaler Ebene gestärkt werden. Der Binnenmarkt ist in den Bereichen Dienstleistungen und Steuerpolitik zu konsolidieren.

DIE MACHTBALANCE

11. Die Stärkung der Kompetenz der Union erfordert eine Stärkung ihrer Governance. Die Exekutive muss auf eine schlanke Kommission konzentriert werden, die der bikameralen Legislative, bestehend aus Parlament und Rat, voll rechenschaftspflichtig ist.

12. Das Vertrauen auf Einstimmigkeit im Rat muss durch einen vermehrten Einsatz von Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden, insbesondere in der Steuer- und Sozialpolitik. Wo es notwendig ist, muss es eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen einer Gruppe integrationsgesinnter Mitgliedstaaten geben. Das Europäische Parlament muss das Mitentscheidungsrecht mit dem Rat bei der Aufbringung von Einnahmen erhalten.

13. Rechtzeitig vor den Wahlen im Jahr 2024 ist eine Reform erforderlich, um sicherzustellen, dass ein Teil der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in einem EU-weiten Wahlkreis aus transnationalen Listen gewählt wird, im Wettstreit von föderalen politischen Parteien.

RELAUNCH

14. Die Konferenz über die Zukunft Europas ist die Chance, den europäischen Einigungsprozess entlang der föderalen Linien, wie sie erstmals in der Schuman-Erklärung vorgesehen waren, neu zu beleben. Die Europäer des 21. Jahrhunderts verdienen es, in einem gut regierten, angemessen ausgestatteten und geeinten demokratischen Gemeinwesen zu leben. Und die Welt braucht eine starke Europäische Union, die die Werte und Grundsätze, für die sie sich zu Hause einsetzt, nach außen projiziert.

15. Die Spinelli Group ist bereit, ihre Vorschläge für eine europäische Föderation als ihren Beitrag zur Arbeit der Konferenz auszuarbeiten.